



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

3/2005

23.03.2005, 11. Jahrgang

Udo Ludwig
Editorial

Udo Ludwig
Aktuelle Trends:
IWH-Konjunkturbarometer:
Ostdeutsche Wirtschaft holt beim Wachstum auf

Arbeitskreis Konjunktur
Konjunktur in Deutschland mit Tiefstart
in das Jahr 2005

Joachim Ragnitz
Demographische Entwicklung in Ostdeutschland
und Länderfinanzausgleich

Sophie Wörsdorfer
IWH-Industrienumfrage Ostdeutschland
zum Jahresauftakt 2005

Brigitte Loose
IWH-Bauumfrage im Februar 2005



Editorial

Da breitet er sich wieder aus, der unter Konjunkturprognostikern verhasste, aber immer häufiger auftretende Korrekturvirus. Kaum hatte das Statistische Bundesamt im Februar den ersten vollständigen Datensatz zum Konjunkturverlauf in Deutschland für das abgelaufene Jahr 2004 vorgelegt, schon geisterte das Schreckgespenst vom Ende der Erholung durch die wirtschaftspolitischen Debatten. Aber was verbirgt sich wirklich hinter dem schwachen Schlussquartal?

Die konjunkturelle Entwicklung lässt sich nicht direkt beobachten. Sie bleibt dem ungewappneten Auge verborgen und kann nur aus den Messdaten statistischer Beobachtungen abgeleitet werden. So wurde das für das vierte Quartal 2004 erfasste Bruttoinlandsprodukt, das immerhin um 1,5% über dem vor Jahresfrist lag, wie üblich rechnerisch nach dem Einfluss der Zahl der geleisteten Arbeitstage und der Jahreszeiten zerlegt. Nun gab es wegen der hohen Zahl von Feiertagen, die in diesem Quartal auf Wochenenden fielen, 2½ zusätzliche Arbeitstage. Dies entsprach laut dem „fünfzigjährigen“ Kalender amtlicher Berechnungen im Schnitt einem Wachstumseffekt von 0,9 Prozentpunkten. Statistisch bereinigt um diese „Gunst“ des Kalenders und die Saisoneinflüsse wurde aus dem gemessenen Zuwachs ein Minus für die konjunkturelle Komponente von 0,2 Prozentpunkten. Nun kann man mit dieser Art der Berechnung hadern. Womöglich ist der Kalendereffekt zu hoch ausgewiesen, und der konjunkturelle Teil der Entwicklung ist im Schlussquartal entsprechend günstiger zu veranschlagen. Eine solche Vermutung passt auch gut zur Vorliebe vieler Deutscher, Weihnachten und auch die Zeit zwischen den Jahren im Schoß der Familie zu verbringen. Meist verhilft dazu noch ein Wochenende zwischen Weihnachten und Neujahr, diesmal aber nicht. Da lag es nahe, Urlaub zu nehmen oder Arbeitszeitkonten abzuschmelzen. Es wird also wohl weniger gearbeitet worden sein, als es die Zahl der Arbeitstage anzeigt. Die statistische Bereinigung des Bruttoinlandsprodukts um den Arbeitstageeffekt war vermutlich etwas zu hoch und die konjunkturelle Entwicklung zu niedrig veranschlagt worden.

Trotzdem kommt man an der Tatsache nicht vorbei, dass die deutsche Wirtschaft in das Jahr 2005 von einem niedrigeren Niveau aus gestartet ist, als allgemein erwartet worden war. Wenn sich am Konjunkturverlauf von Quartal zu Quartal im Jahr 2005 kein Jota verändert, würde der Tiefstart das erwartete Jahresergebnis in demselben Ausmaß drücken, wie sich das Startniveau verschoben hat. Jedoch ist die amtliche Datenlage auch Anlass, die ursprünglich angesetzte Wirkung einiger Rahmenbedingungen zu überprüfen und die Konjunkturverläufe eventuell zu korrigieren. Da aber weder die Rahmenbedingungen noch die aktuellen Indikatoren einen Rückfall in die Schwächephase der Konjunktur signalisieren, gilt weiterhin: Nach der Wachstumsdelle in der zweiten Hälfte des letzten Jahres setzt sich 2005 die moderate konjunkturelle Erholung fort, wenngleich die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts geringer ausfallen wird als bislang prognostiziert.

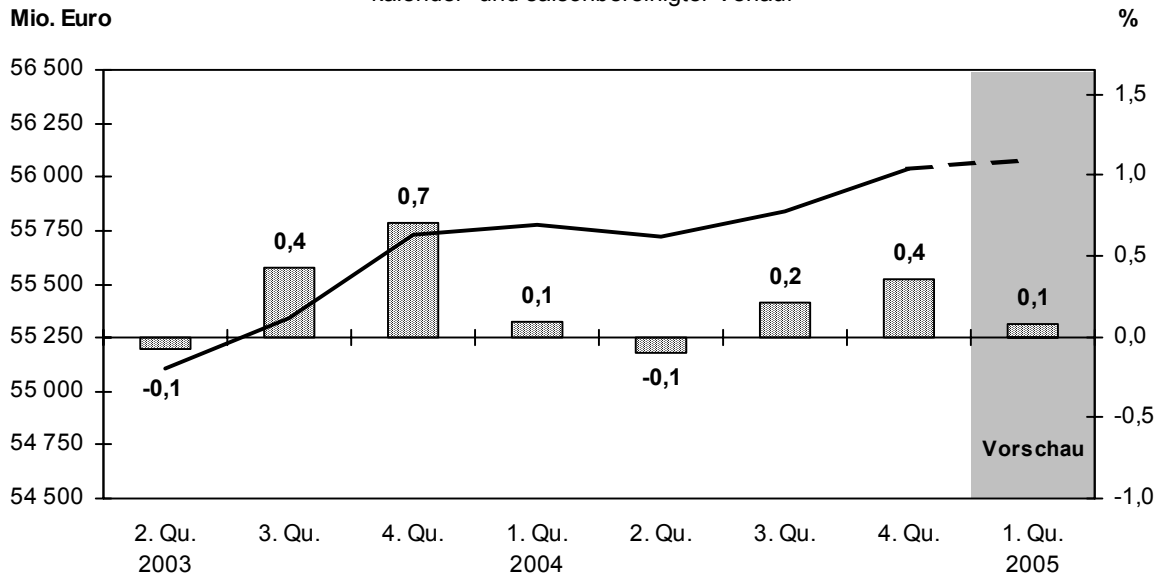
*Udo Ludwig,
Leiter der Abteilung Konjunktur und Wachstum*

IWH-Konjunkturbarometer*

Ostdeutsche Wirtschaft holt beim Wachstum auf

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %

- kalender- und saisonbereinigter Verlauf -



Quelle: Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland, Stand: 1. März 2005.

Die ostdeutschen Bundesländer (ohne Berlin) waren laut ersten Berechnungen der amtlichen Statistik 2004 beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit dem früheren Bundesgebiet fast gleichauf. Ausschlaggebend war der kräftige Anstieg der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von 9,6%. Diese Zuwachsrates lag in allen neuen Bundesländern über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 5,1%. In Sachsen wurde mit 13% deutschlandweit der Spitzenwert erzielt. Zudem weist der zuständige Arbeitskreis der Statistischen Landesämter jetzt für 2002 einen signifikant stärkeren Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den neuen als in den alten Bundesländern aus. Die von Sondereffekten zur Beseitigung der Flutschäden geprägte Entwicklung im Jahr 2003 hat auch nach dem neuen Rechenstand für ein kräftigeres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den neuen Bundesländern gesorgt, sodass auf das Schrumpfungsjahr 2001 zwei – wenn auch schwache – Aufholjahre beim Wachstum folgten.

Überrascht hat im vergangenen Jahr der vom IWH errechnete unterjährige Verlauf des Produktionswachstums in Ostdeutschland. Während nach dem Exportboom in der ersten Jahreshälfte die Wirtschaft im Westen stagnierte, legte die ostdeutsche zu. Neben der Industrie trug dazu seit dem Herbst auch das Baugewerbe bei. Die Wertschöpfung in Handel, Gastgewerbe und bei personenbezogenen Dienstleistungen war dagegen infolge der Konsumflaute weiterhin leicht rückläufig, im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen stieg sie geringfügig.

Nach ersten Schätzungen für das laufende Quartal hat die gesamtdeutsche Wachstumsdelle jetzt die ostdeutsche Wirtschaft erreicht. Ende 2004 haben sich die Geschäftsaussichten in Industrie und Baugewerbe eingetrübt, und die Bestellungen im Verarbeitenden Gewerbe, die der Produktion in der Regel einige Monate vorauslaufen, waren rückläufig. Im Bauhauptgewerbe stagnierten sie. Die gütermäßige Zusammensetzung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe spricht jedoch gegen ein längeres Anhalten der Schwäche. Im Vorleistungsgüterbereich, der in der konjunkturellen Hierarchie der Branchen als Frühindikator gilt, zog die Nachfrage kräftig an.

Udo.Ludwig@iwh-halle.de

* Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe IWH, Wirtschaft im Wandel 16/2003, S. 471 f.

Konjunktur in Deutschland mit Tiefstart in das Jahr 2005

– Kurzfassung –

Die ersten Monate des Jahres 2005 warteten mit einigen unangenehmen Überraschungen für die Konjunktur auf. Der Ölpreis überschritt erneut die 50-Dollar-Marke. Die Bundesagentur für Arbeit zählte 5,2 Millionen Arbeitslose, und das Statistische Bundesamt meldete im Februar für das Schlussquartal des vergangenen Jahres einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Zeitgleich fielen auch einige Stimmungsindikatoren. So scheint zu Jahresbeginn die konjunkturelle Zukunft trüber als zuletzt erwartet.

Den Hiobsbotschaften zum Trotz: An den äußeren und inneren Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich fundamental wenig geändert. In Japan und in der Eurozone schwächelte die Konjunktur zwar zum Jahresende. In den Wachstumszentren der Weltwirtschaft nahm die Produktion aber erneut mit hohen Raten zu. Der Investitionsboom ist hier ungebrochen. Hohe Gewinne und historisch niedrige Kapitalmarktzinsen regen weiterhin an. Die positiven Impulse, die 2005 von den Kapitalmärkten auf die reale Wirtschaft ausgehen, werden im Frühjahr auch die Entwicklung in Japan und in der Eurozone wieder beleben. Die Notierungen für Rohöl werden nach dem Rückzug des Winters etwas nachgeben.

Die Konjunktur in Deutschland startete in das Jahr 2005 von einem niedrigeren Niveau, als in der Prognose des IWH vom Dezember enthalten war. Die Konjunkturdelle zog sich die ganze zweite Jahreshälfte hin; zu Beginn des neuen Jahres dürfte sie jedoch überwunden worden sein. Dafür sprechen sowohl die kaum vermindert expandierende Weltwirtschaft als auch die unverändert günstigen monetären Rahmenbedingungen in Deutschland. Zudem wurde die Erholung der Investitionsaktivitäten und des Konsums auch im Schlussquartal 2004 nicht unterbrochen. Sie werden im weiteren Verlauf des Jahres Fahrt aufnehmen. Der Start von einem niedrigeren Niveau kann aber im Jahresverlauf nur zum Teil aufgeholt werden. So reduziert das IWH die im Dezember für Jahr 2005 prognostizierte Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,3% auf 1,1%.

Auch der Sprung der Zahl der registrierten Arbeitslosen über die Fünf-Millionen-Marke liefert keinen Beleg für einen Rückfall in eine Stagnation

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2005 und 2006

	2004	2005	2006
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Private Konsumausgaben	-0,4	0,7	1,3
Staatskonsum	0,4	-0,1	0,4
Anlageinvestitionen	-0,9	1,2	1,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,2	4,5	4,2
Bauten	-2,6	-1,8	-0,6
Inländische Verwendung	0,4	1,2	1,5
Exporte	8,6	4,8	4,5
Importe	6,4	5,7	4,5
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,1	1,7
Nachrichtlich: USA	4,4	3,4	2,9
Euroraum	1,8	1,6	1,9
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland) ^a	38 442	38 663	38 893
Arbeitslose ^b	4 381	4 747	4 341
Arbeitslosenquote ^c	10,2	10,9	10,0
	in % zum nominalen BIP		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-3,5	-2,8

^a Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^b Nationale Definition. – ^c Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Reihe 3, Februar 2005); Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 09. März 2005).

oder gar Rezession. Die Lage am Arbeitsmarkt war schon vor der Übernahme der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik dramatisch. Der statistische Effekt sollte auch nicht zum Anlass genommen werden, vom Reformkurs einschließlich der Stufe Hartz IV abzugehen. Es sollten auch keine neuen staatlichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung begründet oder Konjunkturprogramme aufgelegt werden, um die Misere am Arbeitsmarkt abzufedern. Es sollte aber alles unternommen werden, die Wachstumskräfte zu stärken. Hier ist an Forschung und Bildung sowie Sachinvestitionen in die Infrastruktur gedacht, die allerdings durch Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten finanziert werden müssten. Die Defizitquote wird trotz geringen Ausgabenanstiegs im Jahr 2005 bei 3,5% des Bruttoinlandsprodukts, im Jahr 2006 bei 2,8%, liegen.

Arbeitskreis Konjunktur (Seite 70)

Demographische Entwicklung in Ostdeutschland und Länderfinanzausgleich – Kurzfassung –

Die ostdeutschen Länder und Gemeinden sind aufgrund ihrer geringen Steuer- und Finanzkraft in erheblichem Maße von finanziellen Leistungen des Bundes und der westdeutschen Länder abhängig. Vielfach wird erwartet, dass diese Transferabhängigkeit in den kommenden Jahren abnehmen wird. Da insbesondere die Zuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (einschließlich der Umsatzsteuerverteilung und der Fehlbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) von der weiteren Entwicklung der Wirtschaftsleistung in den neuen Ländern abhängen, wird es hierzu aber nur kommen, wenn der Wachstumsprozess in Ostdeutschland in den nächsten Jahren erheblich an Dynamik zulegt.

Im vorliegenden Beitrag wird ausgehend von einer Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 2020 gezeigt, dass die Chancen für eine bedeutsame Verringerung der Zahlungen an die neuen Länder nicht besonders hoch einzuschätzen sind. Unter den hier getroffenen Annah-

men zur Entwicklung von Produktivität und Erwerbsquote wird der Umfang des Länderfinanzausgleichs (einschließlich der damit verbundenen Ausgleichssysteme) im Untersuchungszeitraum sogar noch leicht zunehmen. Grund hierfür ist, dass die finanziellen Ausgleichssysteme eine weitgehende Nivellierung von Finanzkraftunterschieden zwischen den Ländern vorsehen und die Höhe der Zahlungen deswegen primär vom gesamddeutschen Wirtschaftswachstum abhängen. Dennoch wird sich die Finanzlage der ostdeutschen Länder und Gemeinden von einem derzeit noch recht komfortablen Niveau deutlich verschlechtern, da gleichzeitig in diesem Zeitraum die Zuweisungen im Rahmen des Solidarpaktes II vollständig abgeschmolzen werden. Hieraus erwächst die Notwendigkeit, neben einer Anpassung der Ausgaben auch die eigenen Bemühungen zur Stärkung der Wachstumskräfte in Ostdeutschland zu erhöhen.

Joachim Ragnitz (Seite 73)

IWH-Industrienumfrage Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2005: Ostdeutsches Verarbeitendes Gewerbe profitierte 2004 von kräftiger Expansion der Auslandsmärkte

– Kurzfassung –

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der ostdeutschen Wirtschaft im Jahr 2004 kam im Wesentlichen aus dem außerordentlich dynamischen Verarbeitenden Gewerbe; die Wertschöpfung in diesem Bereich stieg gegenüber 2003 um 9,6%. Der Arbeitsmarkt profitierte davon allerdings wenig. So waren in der ostdeutschen Industrie lediglich knapp 7 000 Personen mehr als im Vorjahr beschäftigt, was einem Zuwachs von 1,1% entspricht.

Auch die regelmäßig vom IWH befragten ostdeutschen Industrieunternehmen blicken auf ein positives Geschäftsjahr zurück. Die Umsätze stiegen zum Teil kräftig, und die Ertragslage verbesserte sich erneut. Insbesondere die Exporteure waren überdurchschnittlich erfolgreich.

Für das laufende Jahr zeichnet sich eine Verlangsamung des Expansionstempos im ostdeutschen

Verarbeitenden Gewerbe ab, da die Umsatzerwartungen relativ verhalten ausfallen. Zwar rechnet mehr als jeder zweite Unternehmer mit Umsatzsteigerungen. Gleichzeitig erwarten aber 29% der Betriebe rückläufige Umsätze, sodass sich für den Wirtschaftsbereich insgesamt ein Zuwachs um nur knapp 3% ergibt. Dies dürfte allerdings eher den unteren Rand der Veränderungsrate markieren. Insbesondere für die exportierenden Firmen sind die Wachstumsaussichten weiterhin günstig; drei von fünf Exporteuren rechnen für das Jahr 2005 mit höheren Auslandsumsätzen. Eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt ist gleichwohl nicht in Sicht.

Sophie Wörsdorfer (Seite 81)

Konjunktur in Deutschland mit Tiefstart in das Jahr 2005

Hohe Gewinne und günstige Finanzierungsbedingungen stützen die internationale Konjunktur

Die Weltwirtschaft bleibt im Winter 2004/2005 auf Expansionskurs. In den USA setzt sich der Aufschwung in kaum verändertem, hohem Tempo fort, und auch in dem zweiten Wachstumszentrum, in China, scheint der gesamtwirtschaftliche Nachfrageanstieg trotz der Dämpfungsmaßnahmen im vergangenen Jahr unvermindert anzuhalten. Andernorts schwächt freilich die Konjunktur: in Japan seit dem Sommer, im Euroraum seit dem Herbst des Jahres 2004.

Bemerkenswert ist, dass die Gewinne nicht nur in den USA, sondern trotz der Nachfrageschwäche auch in Japan und im Euroraum hoch geblieben sind. Offensichtlich war der Konsolidierungskurs vieler Unternehmen in den vergangenen Jahren erfolgreich. Den Kostensenkungsprogrammen kamen die Entwicklungen auf den Märkten für Arbeit und Kapital entgegen: Einerseits blieben die Lohnzuwächse in den Industrieländern gering, auch angesichts der verschärften Konkurrenz seitens billiger und gut qualifizierter Arbeitskräfte aus den Schwellen- und ehemaligen Transformationsländern. Zudem sind die Kapitalkosten nominal wie real fast überall ausgesprochen niedrig; in Deutschland befanden sich die nominalen Kapitalmarktzinsen im Januar gar auf einem Allzeittief seit Bestehen der Bundesrepublik. Die wesentliche Ursache für die augenblicklich äußerst günstigen Finanzierungsmöglichkeiten dürfte in der seit Jahren weltweit expansiven Geldpolitik liegen. Die hohe Liquiditätsausstattung hat die Anleger zu Umschichtungen ihres Portfolios in Richtung längerfristiger Vermögenstitel veranlasst. Das hat nicht nur die Kurse für Rentenpapiere, sondern auch die Aktienkurse und vielerorts die Immobilienpreise (letztere allerdings nicht in Deutschland) getrieben.

Der Anstieg der Vermögenspreise hat wohl wesentlich zur kräftigen Expansion der weltwirtschaftlichen Nachfrage im vergangenen Jahr beigetragen. Die Preise für gewerbliche Güter sind bei all dem bis zuletzt recht stabil geblieben, auch dank der jüngsten Effizienzgewinne im Zuge der industriellen Globalisierungsprozesse. Wenig elastisch hat dagegen die Förderung von Rohstoffen

und speziell von Erdöl reagiert; die Preise sind im Februar erneut auf über 50 Dollar (Brent) gestiegen. Die Notierungen werden wohl aufgrund des Rückgangs der Nachfrage nach Heizstoffen im Frühjahr wieder ein wenig nachgeben. Die Chancen stehen alles in allem gut, dass die USA und China weiter auf Wachstumskurs bleiben und dass die positiven Impulse, die auch noch im Jahr 2005 weltweit von den Kapitalmärkten auf die Realwirtschaft ausgehen, im Frühjahr die Konjunkturen in Japan und in der Euroraum wieder beleben werden.

Tabelle 1:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2005 und 2006

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,4	0,7	1,3
Staatskonsum	0,4	-0,1	0,4
Anlageinvestitionen	-0,9	1,2	1,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,2	4,5	4,2
Bauten	-2,6	-1,8	-0,6
Inländische Verwendung	0,4	1,2	1,5
Exporte	8,6	4,8	4,5
Importe	6,4	5,7	4,5
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,1	1,7
Nachrichtlich: USA	4,4	3,4	2,9
Euroraum	1,8	1,6	1,9
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	1,4	1,4	1,3
Effektivlöhne je Stunde	0,5	1,0	1,0
Lohnstückkosten ^a	-0,7	-0,4	-0,5
Verbraucherpreisindex	1,6	1,5	1,2
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 442	38 663	38 893
Arbeitslose ^c	4 381	4 747	4 341
Arbeitslosenquote ^d	10,2	10,9	10,0
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-3,5	-2,8

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Reihe 3, Februar 2005); Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 09. März 2005).

Deutsche Wirtschaft lässt Konjunkturdelle hinter sich

Die deutsche Wirtschaft startete in das Jahr 2005 von einem niedrigeren Ausgangsniveau der Produktion als noch im Dezember erwartet worden war. Die Nachfrage aus dem Ausland war im Schlussquartal 2004 zwar wieder gestiegen, im Inland dagegen gesunken. Ausschlaggebend für diesen Rückgang war jedoch nicht die Nachfrage der Konsumenten und Investoren, sondern der Abbau von Vorräten. Die Anlageinvestitionen und die Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen leicht zu. Die Unternehmen haben die konjunkturellen Impulse per saldo aus den Lagerbeständen bedient und die Lager nicht wieder – wie in den Quartalen davor über Importe – aufgestockt. Die Einfuhren waren leicht rückläufig, und bei gestiegenen Exporten nahm der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt zu. Der Anstieg des Außenbeitrags wurde allerdings durch die gesunkene Inlandsnachfrage überkompensiert.

Die auch im Schlussquartal 2004 nicht unterbrochene Erholung der Nachfrage von Investoren und Konsumenten sowie die unverändert günstigen externen wie internen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens sprechen für das Ende der Konjunkturdelle. In der vorliegenden Aktualisierung der Prognose wurde zudem für das erste Vierteljahr ein Ausgleich des vermutlich im Schlussquartal 2004 zu hoch veranschlagten Arbeitstageeffekts vorgenommen.

Die Exporte sind nach dem Einbruch im dritten Quartal des vergangenen Jahres auf Expansionskurs zurückgekehrt, allerdings in deutlich langsamerer Gangart als in der ersten Jahreshälfte 2004. Hier dämpften wohl die Aufwertung des Euro sowie die schwache Konjunktur auf dem Hauptabsatzmarkt deutscher Produkte im Ausland, dem Euroraum. Die Ausfuhren in die neuen EU-Mitgliedsländer sind wieder gestiegen wie auch die Lieferungen in die USA und nach Asien. Die Exporteure haben trotz Dollarschwäche ihre Marktposition wohl durch Preisnachlässe und Gewinneinbußen halten können. Mit der Kräftigung der Konjunktur im Euroraum werden die Exporte in diesem Jahr deutlicher als im vergangenen Halbjahr anziehen. Dafür sprechen auch die in den jüngsten Monaten gestiegenen Auslandsbestellun-

gen. Im kommenden Jahr bleiben die Impulse von der Weltkonjunktur stark.

Tabelle 2:
Deutsche Exporte 2004 nach Regionen
- Spezialhandel in jeweiligen Preisen -

Länder-Gruppe	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %				
	Jahr	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.
EU 25	9,9	7,9	13,8	9,0	9,0
Neue EU-Länder ^a	8,4	16,8	10,8	-1,4	8,5
NAFTA ^b	4,4	-3,4	9,0	3,7	8,9
USA	5,1	-2,4	9,8	4,3	9,2
Ostasien ^c	10,8	18,0	17,0	4,1	5,3
China	15,0	25,9	27,2	-1,5	11,4
Übrige Länder	15,8	13,7	16,3	11,6	21,6
Insgesamt	10,4	8,4	13,9	8,5	10,8
<i>in % des nominalen BIP in Deutschland</i>					
	Jahr	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.
EU 25	21,5	21,6	21,8	20,7	22,0
Neue EU-Länder ^a	2,8	2,9	2,9	2,6	2,8
NAFTA ^b	3,4	3,4	3,5	3,4	3,4
USA	3,0	3,0	3,1	2,9	3,0
Ostasien ^c	2,8	2,8	2,9	2,8	2,6
China	1,0	1,0	1,1	0,9	0,9
Übrige Länder	6,0	5,7	6,0	6,0	6,2
Insgesamt	33,7	33,5	34,2	32,8	34,3

^a Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – ^b USA, Kanada, Mexiko. – ^c Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Investitionskonjunktur hat bei Ausrüstungen nach deutlicher Belebung im Frühjahr und Sommer im Schlussquartal 2004 nachgelassen. Maschinen und Fahrzeuge wurden von den Unternehmen in etwas geringerem Umfang gekauft als im Quartal zuvor. Allerdings trübten sich die Finanzierungsbedingungen für Investitionen nicht ein. Die Unternehmensgewinne nahmen weiterhin mit hohen Raten zu, und die Beschaffung von Fremdkapital auf den Kapitalmärkten blieb billig. Die langfristigen Zinsen befinden sich in Deutschland inzwischen auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Erholung der Investitionsaktivitäten wird sich

in diesem Jahr fortsetzen, auch weil die Unternehmen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen werden und der Wettbewerb sie zwingt, weitere Ersatzinvestitionen jetzt vorzunehmen.

Bei den Bauinvestitionen ist das Bild differenzierter. Während die Investitionen in Wohnbauten und gewerbliche Bauten im letzten Quartal 2004 etwas zulegten, gingen sie im öffentlichen Bereich zurück. Von den vorgezogenen Plänen zum Eigenheimbau wurde bislang wohl nur ein Teil realisiert. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Baugenehmigungen ist wohl auf „Vorrat“ gestellt worden und dürfte angesichts nach wie vor verbreiteter Arbeitsplatz- und Einkommensrisiken nur allmählich oder gar nicht realisiert werden. Die Vorzieheffekte werden deshalb etwas schwächer ausfallen als in vorangegangenen Prognosen geschätzt wurde und sich über den gesamten Prognosezeitraum verteilen. Im Wirtschaftsbau zeichnet sich angesichts des nur allmählichen Abbaus des Leerstandes auf den Büroimmobilienmärkten noch keine Tendenzwende ab.

Die privaten Haushalte haben Ende 2004 ihre Kaufzurückhaltung etwas gelockert. Die Unsicherheit über die Einkommensperspektiven hat zwar nach dem Rekordergebnis bei der registrierten Arbeitslosigkeit vorübergehend neue Nahrung erhalten. Da die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen auf die Haushaltsbudgets nun aber transparent geworden sind, dürfte die Unsicherheit jedoch inzwischen geschwunden sein. Gleichzeitig wurden die Privaten steuerlich entlastet. Dies hat die Konsumausgaben angeregt. Mitte des Jahres werden die Haushalte hingegen durch höhere Beiträge zur Finanzierung von Zahnersatz belastet. Allerdings werden sich im Jahresverlauf die Beschäftigungsaussichten bessern. Alles in allem werden die privaten Haushalte ihre Kaufzurückhaltung weiter aufgeben. Die privaten Konsumausgaben dürften in diesem Jahr erstmals seit drei Jahren wieder steigen. Im nächsten Jahr wird der Konsum bei weiter verbesserter Beschäftigungslage zulegen.

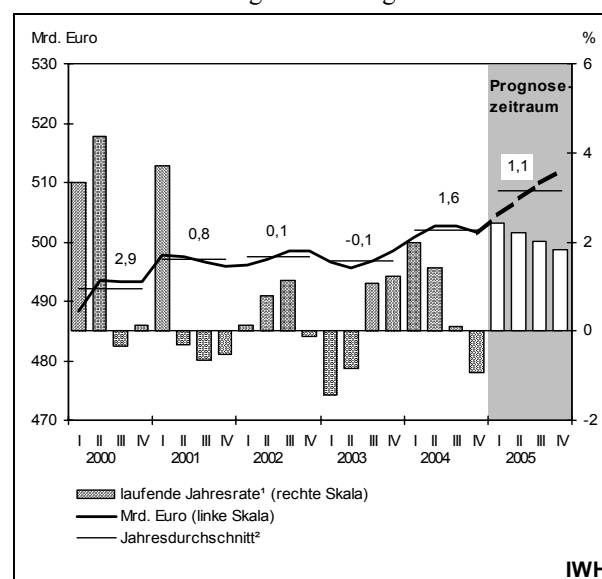
Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt moderat, obwohl die Preise für Rohöl und andere Energieträger in den Wintermonaten wieder Höchststände erreicht haben. Zusätzliche Preiseffekte können sich auch aus der Erhebung der Maut ergeben, wenn es den Transportunternehmen gelingt, diese Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. Im

Jahresdurchschnitt 2005 dürfte jedoch die Teuerungsrate mit 1,5% auf dem bisher prognostizierten Niveau liegen.

Mit der Belebung der Nachfrage setzt sich die von der Konjunkturdelle in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres unterbrochene wirtschaftliche Erholung fort. Zu Beginn des Jahres 2005 legt die gesamtwirtschaftliche Produktion im Zusammenhang mit dem Impuls vom Konsum und der steigenden Auslandsnachfrage kräftig zu. Im zweiten Vierteljahr dürfte sich das Tempo des Produktionswachstums verlangsamen. Wegen des niedrigen Startniveaus zum Jahresanfang ist nur noch ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr von 1,1% wahrscheinlich. Im Jahr 2006 wird sich die konjunkturelle Beschleunigung fortsetzen, und das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt um 1,7% zunehmen. Die Beschäftigung wird in beiden Prognosejahren etwas langsamer steigen, als bislang vom IWH erwartet.

Abbildung :

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigt -



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ² Ursprungswerte: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 1. Quartal 2005: Prognose des IWH.

Arbeitsmarktreformen im Praxistest

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat in den ersten Monaten dieses Jahres die Fünf-Millionen-Marke überschritten. Dies hat die Experten nicht

überrascht; der Anstieg war infolge der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige (Hartz IV) erwartet worden. Er vermittelt auch keine qualitativ neuen Einblicke in die Misere am Arbeitsmarkt. Die große Mehrzahl der neu als arbeitslos gemeldeten Personen hat nicht im Januar oder Februar den Job verloren, sondern war auch vorher ohne Arbeit, nur nicht in der Statistik registriert.

Der Sprung über die fünf Millionen hat den Ruf nach sofortigen Gegenmaßnahmen bis zur Auflage von Konjunkturprogrammen oder gar nach dem Abbruch der letzten Stufe der Arbeitsmarktreform ausgelöst. Solche Reaktionen lassen erkennen, dass die Zielsetzung der Reform nicht ernst genommen wird. Mit der letzten Stufe der Arbeitsmarktreformen soll dem Kernproblem der Arbeitslosigkeit in Deutschland auf den Leib gerückt werden: der hohen und noch steigenden Sockelarbeitslosigkeit. Mit der Verkürzung der Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld sowie der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden in der Tat die Anreize für Arbeitslose erhöht, neue Jobs zu suchen und niedrigere Einstiegsgehälter in Kauf zu nehmen. Mit dem Näherrücken des Termins für das Inkrafttreten von Hartz IV verstärkte sich auch sichtlich die Arbeitssuche vieler Betroffener. Dies ist jedoch nur ein erster Schritt zu mehr Beschäftigung. Allerdings reicht die damit verbundene Senkung der Lohnkosten für das Entstehen neuer Arbeitsplätze nicht aus. Auch die Absatz- und Ge-

winnerwartungen der Wirtschaft müssen nachhaltig aufwärts gerichtet sein. In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation kommt dieser Prozess nur langsam in Gang.

Es wäre unter dem Druck der scheinbar ausbleibenden Erfolge von Hartz IV falsch, den Ausweg aus der Misere in der Schaffung eines neuen staatlich subventionierten Arbeitsmarktes zu suchen. Bereits die Einführung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten, so genannter Ein-Euro-Jobs, läuft Gefahr, das eigentliche Ziel der Arbeitsmarktreformen aus den Augen zu verlieren, nämlich Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Das wäre insbesondere dann der Fall, wenn die Zulassung dieser Jobs auf die private Wirtschaft ausgedehnt würde. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb, in dessen Ergebnis mit staatlicher Hilfe sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse weiter abgebaut würden. Das kann nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen.

Der Praxistest der Arbeitsmarktreformen läuft noch. Aktionismus wenige Monate nach Inkrafttreten wäre nur schädlich.

Arbeitskreis Konjunktur

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

*Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Ruth Grunert,
Axel Lindner, Brigitte Loose*

Demographische Entwicklung in Ostdeutschland und Länderfinanzausgleich

Fünfzehn Jahre nach der deutschen Vereinigung ist Ostdeutschland noch immer in hohem Maße von Transferleistungen aus Westdeutschland abhängig. Im Jahre 2003 – neuere Angaben liegen nicht vor – dürften die öffentlichen Finanztransfers von West nach Ostdeutschland (einschließlich gewährter Kredite und der Zinszahlungen auf Altschulden der DDR, der Treuhandanstalt und des Fonds Deutsche Einheit) in einer Größenordnung von 80 Mrd. Euro gelegen haben.¹ Dies sind schätzungsweise 22% der ostdeutschen Binnennachfrage und sogar

32% des in den neuen Ländern erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts. Hieran wird deutlich, dass das materielle Wohlstandsniveau der ostdeutschen Bevölkerung derzeit nur durch Zugriff auf das westdeutsche Produktionspotenzial aufrechterhalten werden kann. Auch die Produktionstätigkeit wäre ohne diese Unterstützung deutlich niedriger.

Da der größte Teil der Transfers auf gesamtdeutsch einheitlich geregelten Rechtsnormen beruht, steht ein diskretionärer Abbau nicht zur Diskussion. Lediglich die Sonderprogramme im Rahmen der Wirtschaftsförderung sowie der Solidarpakt II sind als ostspezifische Leistungen durch

¹ Vgl. IWH-Pressemitteilung 21/2003 vom 27. Oktober 2003.

politische Entscheidung veränderbar; hier ist für die nächsten Jahre eine spürbare Degression bereits angelegt. Im Ganzen werden sich die Transferzahlungen für Ostdeutschland in quantitativ bedeutsamem Umfang aber nur reduzieren lassen, wenn sich die Wirtschaftslage in den neuen Ländern deutlich verbessert und der derzeit noch erhebliche Abstand in der Wirtschaftskraft abgebaut wird.² Die Frage ist, inwieweit hiermit auf absehbare Zeit gerechnet werden kann.

Im Folgenden wird zunächst eine Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern auf Basis der zu erwartenden demographischen Entwicklung bis zum Jahre 2020 vorgelegt. Hiervon ausgehend wird geprüft, wie sich unter diesen Bedingungen die Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs entwickeln werden. Zwar stellt der Länderfinanzausgleich nur einen kleinen Teil der gesamten Transfers dar – hierauf entfallen nur rund 15% der Bruttotransfers – gleichwohl sind diese Finanzströme für die Handlungsfähigkeit der ostdeutschen Länder und Gemeinden und damit für deren künftige wirtschaftspolitische Ausrichtung von entscheidender Bedeutung.

Demographisch bedingt schwache Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Prognosen der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern deuten auf einen nur schwachen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um rund 1% in diesem und 1½% im nächsten Jahr hin, Folge einer geringen Nachfragedynamik in Deutschland insgesamt.³ Auf lange Sicht hingegen gewinnen angebotsseitige Faktoren an Bedeutung, vor allem die Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren sowie deren Produktivität.

Natürlich ist es in einer offenen, in den Weltmarkt integrierten Region kaum möglich, die Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren präzise zu prognostizieren. Insbesondere der Faktor Sachkapital ist bei hoher Kapitalmobilität nahezu unbegrenzt verfügbar und wird entsprechend dem Renditekal-

kül international tätiger Investoren dorthin gelenkt, wo die besten Standortbedingungen geboten werden. Ähnliches gilt für den Produktionsfaktor „Wissenskapital“, da zumindest auf mittlere Sicht temporäre Wissensvorsprünge nicht erhalten bleiben, sondern durch Imitation oder Technologietransfer abgebaut werden. Insoweit ist auch technologisches Wissen bestenfalls kurzfristig ein restringierender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung.⁴

Etwas anders sieht es hingegen mit dem Faktor Arbeit aus. Auch wenn es zumindest innerhalb der EU kaum noch rechtliche Mobilitätsbeschränkungen mehr gibt, können die individuellen „Mobilitätskosten“ für den Faktor Arbeit doch beachtlich sein. Die hieraus resultierenden Mobilitätshemmnisse dürften für verschiedene Qualitäten von Arbeit – in Abhängigkeit von Persönlichkeitsmerkmalen wie Alter, Qualifikation und persönlicher Bindung an einen Standort wie auch in Abhängigkeit von der jeweils erzielbaren Entlohnung – zwar unterschiedlich hoch sein; im Ganzen kann man aber davon ausgehen, dass der Faktor Arbeit weitaus weniger mobil ist als die übrigen Produktionsfaktoren. Insoweit stellt für längerfristige Projektionen der Wirtschaftsentwicklung die Bevölkerungsentwicklung die entscheidende Determinante dar.

Das Arbeitsangebot wird wiederum durch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sowie deren Erwerbsverhalten determiniert. Die verfügbaren Bevölkerungsprognosen für die ostdeutschen Bundesländer – auch wenn sie mit gewisser Unsicherheit behaftet sind, weil die wechselseitige Abhängigkeit von Bevölkerungswanderungen und Wirtschaftsentwicklung nicht explizit berücksichtigt werden kann – deuten auf erhebliche Schrumpfungsprozesse hin. So wird die Bevölkerung in den Flächenländern bis zum Jahre 2020 in einer Größenordnung von etwa 11% (gegenüber dem Jahr 2002) abnehmen,⁵ allerdings bei beträchtlichen regionalen Unterschieden vor allem zwischen den

² Vgl. Aufbau Ost: Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze schaffen. Gemeinsames Positionspapier des BMVBW und der Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder, mimeo, 31.1.2005.

³ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunkturausblick 2005: Binnenkonjunktur zieht allmählich nach, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2005.

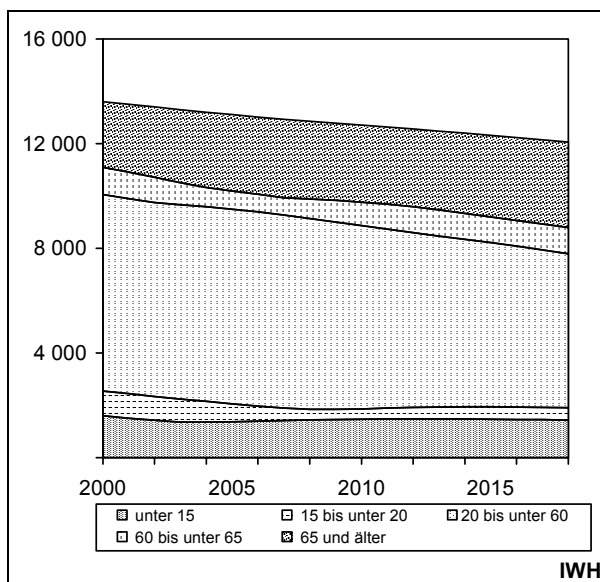
⁴ Insoweit sind Ansätze, die künftige Wirtschaftsentwicklung anhand von growth-accounting-Modellen zu prognostizieren, für eine offene Volkswirtschaft eher ungeeignet. Entsprechende Modellrechnungen (vgl. z. B. DB-RESEARCH: Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach –, Frankfurt 2004) sind daher mit Vorsicht zu betrachten.

⁵ Vgl. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5. Die landeseigenen Prognosen kommen zum Teil zu deutlich pessimistischeren Einschätzungen.

peripheren Regionen mit schwacher Wirtschaftskraft und den Agglomerationszentren der neuen Länder.⁶ Da für diese Entwicklung nicht so sehr die Abwanderung verantwortlich ist, sondern vor allem die Nachwirkungen des Geburtenrückgangs unmittelbar nach der Vereinigung (die sich in schwachen Besatzziffern der potenziellen Elterngeneration widerspiegeln), ist diese Prognose auch vergleichsweise robust gegenüber unterschiedlichen Wanderungsszenarien.

Noch stärker wird der Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) sein; hier ist mit einer Verringerung um mehr als 22% zu rechnen (vgl. Abbildung). Grund hierfür ist, dass in den nächsten Jahren mehr ältere Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden als junge Personen hinzukommen. Dementsprechend steigt auch das Durchschnittsalter der erwerbsfähigen Bevölkerung stark an (von jetzt 40,4 auf 44 Jahre). Rund 60% aller Erwerbsfähigen werden im Jahr 2020 älter als 40 Jahre sein; im Jahre 2002 waren es erst 52%.

Abbildung:
Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur in den ostdeutschen Flächenländern 2002-2020
- in 1 000 Personen -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

⁶ Vgl. auch RAGNITZ, J.: Demographischer Wandel in Sachsen, Implikationen für die Wirtschaftsförderung und den Infrastrukturaufbau. Gutachten im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei. Halle 2004, verfügbar unter: <http://www.aktion2050.de/medien/endberichtfinanzen-ragnitz.pdf>

Der demographische Wandel, wie er sich in diesen Ziffern niederschlägt, erfasst nach und nach zwar auch die westdeutschen Länder. Hier werden bis zum Jahre 2020 allerdings die Schrumpfungsprozesse nur schwach spürbar sein und erst ab etwa dem Jahre 2030 eine ähnliche Größenordnung erreichen wie es in den neuen Ländern bereits in den kommenden 15 Jahren der Fall sein wird. Insoweit weist mit Blick auf die künftigen Wachstumspotenziale der Osten gegenüber dem Westen einen erheblichen Nachteil auf.

Die schrumpfende und gleichzeitig überproportional alternde Bevölkerung hat nun aus ökonomischer Sicht zur Konsequenz, dass die Produktionsmöglichkeiten von der Arbeitsangebotsseite her beschränkt werden. Einige einfache Rechnungen können verdeutlichen, welche Auswirkungen der demographische Wandel in den beschriebenen Größenordnungen auf die Produktionsentwicklung in Ostdeutschland haben dürfte. Ausgangspunkt sind dabei gegebene Werte für die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt in Relation zur Zahl der Erwerbstätigen) und für die Erwerbstätigenquote (Erwerbstätige in Relation zur Zahl der Erwerbsfähigen) des Jahres 2002. Ändern sich diese Größen nicht, so würde das Bruttoinlandsprodukt (in konstanten Preisen des Jahres 2002) bis zum Jahre 2020 allein aufgrund der demographischen Veränderungen in gleicher Größenordnung wie die Zahl der Erwerbsfähigen zurückgehen, nämlich um rund 22%. Je Einwohner gerechnet, würde das Bruttoinlandsprodukt zwar weniger stark rückläufig sein, dennoch wäre auch bei diesem Indikator mit einem um 12% niedrigeren Wert zu rechnen. Die Unterbeschäftigung würde sich, rein rechnerisch, in diesem Fall um rund eine halbe Million Personen gegenüber dem Jahr 2003 reduzieren, weil heutige Erwerbslose mit dem Erreichen des Rentenalters aus der Unterbeschäftigung ausscheiden.

Die Annahme unveränderter Werte für Produktivität und Erwerbsbeteiligung ist allerdings höchst unrealistisch. Gleichzeitig wird erkennbar, dass hier die wesentlichen Parameter für eine Anpassung an den demographischen Wandel liegen.⁷ So würde

⁷ Vgl. auch BÖRSCH-SUPAN, A.: Gesamtwirtschaftliche Folgen des demographischen Wandels. MEA-Diskussionspapier Nr. 51/2004, erhältlich unter http://www.mea.uni-mannheim.de/mea_neu/pages/files/nopage_pubs/vaac-sio5hpia1611_dp51.pdf

Tabelle 1:

Projektionsergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland 2002-2020^a

- in % -

	jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in %		Westdeutschland ^b = 100 in 2020
	BIP	BIP je Einwohner	BIP je Einwohner
Konstante Erwerbsbeteiligung, konstante Produktivität in Ost- und in Westdeutschland	-1,3	-0,7	57,1
Konstante Erwerbsbeteiligung, Produktivität Ost +2,5%, West +1,75%	1,0	1,8	64,7
Konstante Erwerbsbeteiligung, Produktivität +4,0%, West +1,75%	2,4	3,3	82,8
Erwerbsbeteiligung Ost +0,5 Prozentpunkte, West konstant Produktivität Ost/West konstant	-0,6	0,1	50,6

^a Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2002-2020. – ^b Annahmen für Westdeutschland: jahresdurchschnittlicher Produktivitätsanstieg 1,5%, konstante Erwerbsbeteiligungsquote.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

schon bei einem jährlichen Produktivitätsanstieg von 0,75% das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner konstant gehalten werden können. Bei einem jahresdurchschnittlichen Produktivitätsanstieg von 2,5% wäre sogar ein kräftiger Anstieg des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner um 1,8% pro Jahr bis zum Jahre 2020 zu erwarten (vgl. Tabelle 1). Allerdings: Unterstellt man gleichzeitig für Westdeutschland einen jahresdurchschnittlichen Produktivitätszuwachs von 1,75%, so würde auch im Jahre 2020 die ostdeutsche Wirtschaftskraft, gemessen an diesem Indikator, erst bei knapp 65% des westdeutschen Niveaus liegen. Erst bei Produktivitätssteigerungen in einer Größenordnung von 4% wäre eine wirklich spürbare Konvergenz des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner auf einen Angleichungsstand von mehr als 80% zu erwarten.

Anpassungen sind darüber hinaus bei der Erwerbstätigenquote möglich. Unter der Annahme eines Anstiegs der Erwerbstätigenquote um knapp 0,5 Prozentpunkte jährlich – in diesem Fall würde bis zum Jahre 2020 die Erwerbstätigenquote (gemessen an den Erwerbsfähigen) von jetzt 60,1 auf 68,6% steigen – so würde das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auch bei unveränderter Produktivität konstant gehalten werden können. Dies reicht jedoch nicht für ein positives Wirtschaftswachstum und vor allem nicht für eine weitere Angleichung der Lebensverhältnisse aus. Als die entscheidende Stellgröße mit Blick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland kann daher die Produktivität angesehen werden.

Der Umfang der in Zukunft realisierbaren Produktivitätssteigerungen hängt nun von einer Reihe von Faktoren ab, die zum Teil auch wieder durch demographische Prozesse beeinflusst werden.⁸ So ist die Innovationskraft der Unternehmen u. a. von der Altersstruktur der Beschäftigten abhängig, weil Ältere als tendenziell risikoscheuer gelten und möglicherweise ein nicht dem modernsten Stand entsprechendes Fachwissen aufweisen. Hinzu kommt, dass aufgrund von Fachkräftedefiziten Forschungskapazitäten zurückgeführt werden dürften.⁹

Gleichzeitig wird auch die Modernisierung des Kapitalstocks aufgrund der demographischen Entwicklung in der Tendenz gehemmt, weil bei schrumpfender Bevölkerung zunächst einmal der dann überdimensionierte Bestand an Ausrüstungen und Bauten zurückgeführt werden muss.¹⁰ Da modernere Ausrüstungsgüter aufgrund der Implementation neuer Technologien und geringerer Störfähigkeit eine höhere Produktivität aufweisen, wirkt dies etwaigen Produktivitätssteigerungen entgegen.

⁸ Vgl. STEINMANN, G.; FUCHS, O.; TAGGE, S.: Mögliche Effekte des demographischen Wandels – Ein Überblick, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/2002.

⁹ Allerdings ist mit der demographisch bedingten Verknappung des Faktors Arbeit ein Anreiz zu arbeitssparendem technischen Fortschritt gegeben.

¹⁰ Im langfristigen Gleichgewicht liegt zwar die Kapitalintensität in der Produktion wegen der demographisch bedingten Veränderung der Faktorpreisrelationen höher als in der Ausgangslage, hier wird aber allein der Anpassungsprozess betrachtet.

Drittens werden schließlich aufgrund von Verschiebungen der Nachfragestruktur hin zu „altersspezifischen“ Gütern Umstrukturierungen in der Produktion erforderlich, in deren Folge Humankapital entwertet wird.¹¹ Auch wenn mit zunehmender Knappheit von Arbeit der Anreiz zu Weiterbildungsaktivitäten sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch auf Seiten der Arbeitnehmer steigt, ist fraglich, inwieweit ältere Beschäftigte hierzu (aus biologischen als auch aus ökonomischen Gründen) noch bereit und in der Lage sind. Auch dies spricht dafür, dass sich der Produktivitätsanstieg künftig eher verlangsamen als beschleunigen wird.

Mit Blick auf mögliche Anpassungen der Erwerbstätigenquote sind ebenfalls Relativierungen nötig. Für sich genommen ist zwar durchaus denkbar, dass der demographisch verursachte Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen durch eine verbesserte Eingliederung von (jüngeren) Arbeitslosen in das Erwerbsleben kompensiert wird. Insoweit könnte bei unveränderter Arbeitsnachfrage die Lücke bei den Erwerbsfähigen durch zusätzliche Beschäftigung von Arbeitslosen durchaus gedeckt werden. Tatsächlich ist rein rechnerisch der Bevölkerungsrückgang in dieser Altersgruppe mit rund 2,1 Mio. Personen um einiges größer als die aktuelle Unterbeschäftigung in den neuen Ländern.

Aus zwei Gründen ist hiermit allerdings nicht zu rechnen.¹² Zum einen nämlich dürfte bei vielen Arbeitslosen eine Eingliederung in reguläre Beschäftigung aufgrund von Dequalifizierungseffekten inzwischen nicht mehr oder nur unter Inkaufnahme hoher Qualifizierungskosten möglich sein. Zum anderen, und dies wird häufig vernachlässigt, wird mit der Abnahme der Bevölkerungszahl insgesamt auch die Kaufkraft und damit die Binnennachfrage in Ostdeutschland selber stark zurückgehen. Somit kann also zumindest im Sektor der regionalen Wirtschaft nicht von einer unveränderten Arbeitsnachfrage ausgegangen werden. Etwas

anderes gilt nur für die Hersteller überregional bzw. international gehandelter Güter, wo die Absatzmöglichkeiten prinzipiell allein durch den Weltmarkt vorgegeben sind. Hier spielen Faktoren der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit die entscheidende Rolle für die Möglichkeiten des überregionalen Absatzes, aber auch von dieser Seite her werden sich die Rahmenbedingungen für die Produktion in Ostdeutschland durch zunehmenden Fachkräftemangel und steigende Arbeitskosten tendenziell verschlechtern.

Demographie und Länderfinanzausgleich

Die voranstehenden Ausführungen haben deutlich gemacht, dass aufgrund der demographischen Entwicklung in den kommenden Jahren wohl nur mit einer verhaltenen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in den neuen Ländern gerechnet werden kann. Im Folgenden wird im Rahmen einer Projektionsrechnung untersucht, wie sich dies auf die Steuerkraft der ostdeutschen Länder und Gemeinden sowie die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich (im weiteren Sinne) auswirken wird.

Hierzu wird ein Produktivitätsanstieg in Westdeutschland (einschließlich Berlin) von 1,75% jährlich in den Jahren 2003 bis 2020 unterstellt, in Ostdeutschland (ohne Berlin) wird von Produktivitätssteigerungen in Höhe von 2,5% ausgegangen – Werte, die in Anbetracht historischer Erfahrungen und der vorstehend genannten Argumente als plausibel gelten können, aber natürlich entscheidende Bedeutung für das Ergebnis haben. Die Erwerbstätigenquote wird der Einfachheit halber als konstant angenommen, womit unterstellt ist, dass der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sich proportional auf Erwerbstätige und Erwerbslose aufteilt – eine Mehrbeschäftigung durch Integration von Arbeitslosen in Beschäftigung also nicht stattfindet.¹³ Unter diesen Annahmen wird das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland in den kommenden 15 Jahren um knapp 20% zunehmen, also um rund 1% pro Jahr.

Wohlgemerkt: Die hier eingesetzten Zahlenwerte scheinen zwar plausibel, sollen aber ledig-

¹¹ Vgl. zum Einfluss der Demographie auf die Nachfragestruktur LEHMANN, H.: Demographie und Konsumstruktur in Deutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/2004.

¹² Vgl. zu den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt auch DITTRICH, M.; GERSTENBERGER, W.; GRUNDIG, B.; MARKWARDT, G.; POHL, C.; SCHMALHOLZ, H.; THUM, M.: Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen – Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt.“ ifo dresden studien 36, Dresden 2004.

¹³ Diese Annahme ist weniger kritisch als es scheinen mag, weil wegen des Nachfragerückgangs bei nicht-handelbaren Gütern, aber auch wegen der tendenziellen Verschlechterung der Standortqualität der neuen Länder die Arbeitsnachfrage vermutlich rückläufig sein wird.

lich der Veranschaulichung dienen und keine Prognose der künftigen Entwicklung darstellen. Prognosen über derart lange Zeiträume sind mit den heute verfügbaren Methoden nicht glaubhaft darstellbar. Dennoch lässt sich aus diesen Werten ermitteln, wie sich die damit verbundene Verbesserung der (relativen) Wirtschaftskraft in den neuen Ländern auf die Höhe der Zuweisungen zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern (genauer: zwischen westdeutschen und ostdeutschen Ländern) auswirken wird.

Unterstellt wird dabei, dass alle Steuereinnahmen in den beiden Gebietsteilen mit Ausnahme der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit der gleichen Rate wie das regionale Bruttoinlandsprodukt zunehmen werden (siehe auch Kasten).¹⁴ Für die Körperschaftsteuer sowie die veranlagte Einkommensteuer wird dieses Verfahren lediglich für den Westen angewandt, im Osten hingegen für das Jahr 2020 die gleiche Steuerquote (Steuereinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) wie in den finanzschwachen Flächenländern Westdeutschlands (Saarland, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz) angesetzt.¹⁵ Zudem werden hier auch für das Jahr 2003 nicht die tatsächlich Zahlungsströme referiert, sondern diejenigen, die sich aufgrund der im Jahre 2005 geltenden Rechtslage ergeben hätten. Dies geschieht, um die Effekte der demographischen Entwicklung unabhängig von der jüngsten Reform des Länderfinanzausgleichs deutlich machen zu können.¹⁶

Betrachtet werden im Einzelnen die Zahlungen zwischen west- und ostdeutschen Ländern im Rah-

men der Umsatzsteuerverteilung, die nach Steuerkraftgesichtspunkten bzw. Einwohnerzahlen erfolgt, die Ausgleichsleistungen zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern im Länderfinanzausgleich i. e. S., und schließlich die Fehlbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, die vom Bund ergänzend an finanzschwache Länder gezahlt werden. Die Höhe der Zahlungen ist dabei von der Steuer- und Finanzkraft aller Bundesländer abhängig, also nicht allein von den Spezifika des jeweiligen Bundeslandes. Zwar sind die Ausgleichsbeträge, die den finanzschwächeren Ländern gewährt werden, aufgrund der zum 1. Januar 2005 vorgenommenen Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes gegenüber den bisher gültigen Regelungen abgeschmolzen und degressiv ausgestaltet worden, dennoch wird ein annähernder Ausgleich von Finanzkraftunterschieden auch weiterhin angestrebt und erreicht.

Kasten:

Annahmen der Simulationsrechnungen

- Steuereinnahmen (außer ESt und KSt) erhöhen sich proportional zum Bruttoinlandsprodukt
- Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in Ostdeutschland entsprechen im Jahre 2020 dem relativen Aufkommen in den finanzschwachen West-Flächenländern
- Grundbeträge der Grund- und Gewerbesteuer entwickeln sich proportional zum BIP
- Kindergeld (Abzug vom Aufkommen der Lohn-/Einkommensteuer) ist proportional zur Zahl der Kinder im Alter zwischen 0 und 20 Jahren
- Investitionszulage (Abzug vom Aufkommen der Einkommen-/Körperschaftsteuer) entfällt bis zum Jahr 2020
- Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden entsprechend §1 FAG.

Die eigene Steuerkraft (vor Umsatzsteuerverteilung) der ostdeutschen Länder und Gemeinden ist derzeit mit nur rund 31% des westdeutschen Durchschnittswertes äußerst gering. Durch Umsatzsteuerverteilung, Länderfinanzausgleich und Fehlbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen würde die Finanzkraft¹⁷ nach heutiger Rechtslage hingegen

¹⁴ Es wird also eine Elastizität des Steuersystems von 1 unterstellt und angenommen, dass Progressionseffekte durch entsprechende Änderungen der Steuersätze ausgeglichen werden (vgl. hierzu genauer BACH, S. u. a.: Demographischer Wandel und Steueraufkommen. DIW-Materialien Nr. 20. Berlin 2002). Die Projektionen beziehen sich auf reale Größen, stellen also die Entwicklung in Preisen des Basisjahres 2003 dar.

¹⁵ Grund für diese Modifikation ist, dass die Einnahmen aus Körperschaftsteuer und Veranlagter Einkommensteuer wegen der angespannten Wirtschaftslage in Ostdeutschland und der steuerlichen Förderung im Basisjahr negativ waren.

¹⁶ Mit der Novelle des Finanzausgleichsgesetz zum 1.1.2005 wurde u. a. der Tarifverlauf angepasst und eine verstärkte Berücksichtigung der Gemeindesteuern im Länderfinanzausgleich vorgenommen. In seiner Wirkung wird die Nivellierungswirkung des Finanzausgleichs damit leicht abgeschwächt.

¹⁷ Genauer: Finanzkraftmesszahl in Relation zur Ausgleichsmesszahl.

auf 96,6% der durchschnittlichen Finanzkraft aller Länder angehoben.¹⁸ Die tatsächlichen Einnahmen fallen aber deutlich höher aus, da die ostdeutschen Länder durch sonstige Zuweisungen des Bundes (vor allem die Leistungen im Rahmen des Solidarpaktes I bzw. II) überproportional begünstigt werden. Derzeit verfügen die ostdeutschen Länder und Gemeinden zusammengekommen über Pro-Kopf-Einnahmen, die um mehr als 20% über dem Wert der (finanzschwachen) westdeutschen Länder liegen.¹⁹

Aufgrund der hier unterstellten Wachstumsprozesse werden die Steuereinnahmen der ostdeutschen Länder vor allen Umverteilungsprozessen bis zum Jahre 2020 um 37% zunehmen (Westdeutschland: 66%). Auch wenn der Zuwachs damit in Ostdeutschland nur halb so groß ist wie in Westdeutschland, erhöht sich wegen der rückläufigen Einwohnerzahlen die Steuerkraft in den ostdeutschen Ländern auf fast 47% des westdeutschen Niveaus. Hier setzt nun die Umverteilungswirkung des Umsatzsteuerausgleichs an. Prinzipiell wird der Länderanteil an der Umsatzsteuer²⁰ (unter Berücksichtigung des Umsatzsteuer-Vorwegausgleichs sind dies derzeit einschließlich Gemeinden 48,7% des Gesamtaufkommens) nach Einwohnerzahlen verteilt. Allerdings werden bis zu 25% des Länderanteils an dieser Steuer auf die einkommensschwächsten Länder nach Maßgabe ihrer Steuerkraft aufgeteilt. Fortdauer des derzeitigen Rechtsstands bei der vertikalen Steuerverteilung unterstellt, bedeutet dies, dass die ostdeutschen Länder im Jahr 2020 allein aufgrund dieser Ergänzungsanteile noch immer 9,2 Mrd. Euro von den westdeutschen Ländern erhielten (2003: 9,7 Mrd. Euro).

Zusätzlich erhalten die ostdeutschen Länder nach den hier durchgeführten Projektionsrechnungen im zweiten Schritt Mittel aus der Verteilung der verbleibenden Umsatzsteuer nach Einwohnerzahlen in Höhe von 10,1 Mrd. Euro (2003: 7,9 Mrd. Euro). Unter Berücksichtigung der kassenmäßigen

Umsatzsteuereinnahmen in den neuen Ländern sind darin Transferleistungen in Höhe von 4,0 Mrd. Euro (2003: 2,8 Mrd. Euro) enthalten.²¹ Entscheidend für den Anstieg dabei ist, dass das Umsatzsteueraufkommen insgesamt stark zunimmt, sodass der transferdämpfende Effekt der Steuerkraftverbesserung in den neuen Ländern überkompensiert wird.

Nach Verteilung der Umsatzsteuer beläuft sich die Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Gemeinden auf durchschnittlich 85,3% (2003: 82,3%²²) ihrer Ausgleichsmesszahl. Damit werden die ostdeutschen Länder auch weiterhin ausnahmslos Empfängerländer im Länderfinanzausgleich i. e. S. sein. Die Zahlungen zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Ländern würden nach den hier angestellten Rechnungen zwischen 2003 und 2020 mit rund 3 Mrd. Euro faktisch konstant bleiben. Nach Steuerverteilung und Länderfinanzausgleich erreichen die ostdeutschen Länder damit eine Finanzkraft von 93,3% des gesamtdeutschen Durchschnitts (Vergleichswert 2003: 92,3).

Hinzu kommen schließlich die Zuweisungen des Bundes an die finanzschwachen Länder (Fehlbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen), die zusätzlich zu den Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs gewährt werden. Diese steigen nach den hier durchgeführten Rechnungen leicht von 1,3 Mrd. Euro im Jahre 2003 auf 1,4 Mrd. Euro im Jahre 2020 an. Insgesamt belaufen sich damit die Ausgleichszahlungen von Bund und finanzstarken Ländern zugunsten Ostdeutschlands im Jahre 2020 auf 17,3 Mrd. Euro, also etwas mehr als im Basisjahr (vgl. Tabelle 2).

¹⁸ Nach alter Rechtslage belief sich die Aufstockung auf 99,5% der durchschnittlichen Finanzkraft. Diese wurde jedoch anders berechnet als nach dem neuen Finanzausgleichsgesetz.

¹⁹ Vgl. RAGNITZ, J.: Zur Ausgestaltung des Solidarpaktes II – Ein Diskussionsvorschlag, in: IWH-Diskussionspapiere 194/2004.

²⁰ Einschließlich Einfuhrumsatzsteuer.

²¹ Allerdings sind hierin auch Umsatzsteuerzahlungen enthalten, die auf Verkäufe westdeutscher Konsumgüterhersteller in Ostdeutschland entfallen, insoweit zwar im Westen vereinnahmt wurden, jedoch inhaltlich dem Osten zuzurechnen sind. Der Transfercharakter der Umsatzsteuerverteilung nach Einwohnern kann deshalb in Frage gestellt werden.

²² Nach den bis zum Jahre 2004 geltenden Regeln für die Berechnung der Finanzkraft betrug dieser Indikator für die ostdeutschen Flächenländer bereits im Jahr 2003 85,3%. Nach dem ab 2005 geltenden Finanzausgleichsgesetz, das hier auch für die Berechnungen der Vorjahre verwendet wird, liegt die Finanzkraft der ostdeutschen Flächenländer aber etwas niedriger, da zum einen die Berücksichtigung der Hafenlasten für die Küstenanrainerstaaten aufgehoben wurde, zum anderen die in Ostdeutschland unterdurchschnittlichen Gemeindesteuern jetzt stärker berücksichtigt werden als zuvor.

Tabelle 2:

Zusammenfassende Darstellung des Länderfinanzausgleichs zugunsten der ostdeutschen Flächenländer 2003 und 2020

	2003	2020
		Produktivität Ost +2,5% jährlich, West +1,75%
Steuerkraft vor Umsatzsteuerverteilung in % von Westdeutschland	30,8	46,8
Transfers im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung in Mrd. Euro	12,46	12,85
darunter: Ergänzungsanteile	9,68	9,23
Verteilung nach Einwohnern	2,78	4,01
Finanzkraft vor LFA in % der Ausgleichsmesszahl	82,3	85,3
LFA-Transfers in Mrd. Euro	3,09	3,03
Finanzkraft nach LFA in % der Ausgleichsmesszahl	92,3	93,3
Fehl-BEZ in Mrd. Euro	1,31	1,38
Finanzkraft nach LFA und Fehl-BEZ in % der Ausgleichsmesszahl	96,6	97,0
Länderfinanzausgleich i. w. S. insgesamt in Mrd. Euro	16,85	17,26
<i>Nachrichtlich:</i> jahresdurchschnittliche Veränderung ...		
des BIP West		1,7
des BIP Ost		1,0

Quelle: Berechnungen des IWH.

Wichtig dabei ist, dass der demographische Effekt allein auf eine Reduktion der Transferzahlungen hinwirken würde, denn der Länderfinanzausgleich zielt faktisch auf einen Ausgleich der Finanzkraft je Einwohner ab. Dabei kommt es zu dem paradoxen Effekt, dass bei gegebenem Produktivitätswachstum in Ostdeutschland die Leistungen zunehmen werden, je höher das Wachstum in Westdeutschland ist. Insoweit ist es zwar richtig, dass für sich genommen der Transferbedarf abnimmt, wenn die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland wächst; die tatsächlichen Leistungen hängen aber darüber hinaus auch vom Wirtschaftswachstum in Westdeutschland ab.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ein Rückgang der Transferleistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs in den kommenden Jahren angesichts der demographisch bedingten Abschwächung der Wachstumspotenziale in den neuen Ländern kaum zu erwarten ist. Unter den hier getroffenen Annahmen – die als nicht unplausibel gelten können – würden die Ausgleichszahlungen zwischen West- und Ostdeutschland in absoluten Werten sogar leicht zunehmen. Hinzu kommt, dass die Transfers aus Länderfinanzausgleich und Um-

satzsteuerverteilung um so höher ausfallen, je höher das Wachstum in Westdeutschland ist.²³ Erst bei einem Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern, das deutlich höher ist als in Westdeutschland (also weitaus höhere Produktivitätssteigerungen erfordern würde als hier unterstellt), wäre mit rückläufigen Zahlungen im Länderfinanzausgleich zu rechnen.

Dies bedeutet aber nicht etwa, dass bei zunehmenden Zuweisungen im Länderfinanzausgleich mit einer Entspannung der finanzpolitischen Situation der ostdeutschen Länder gerechnet werden könnte. Zum einen wird das Steueraufkommen schwächer wachsen als in Westdeutschland, und dies wird durch die leichte Zunahme der Transfers nicht ausgeglichen. Zum anderen, und das ist gravierender, ist der Solidarpakt II, der außerhalb des Länderfinanzausgleichs die Zuweisungen des Bundes an die ostdeutschen Länder regelt, degressiv gestaltet und wird bis zum Jahre 2020 von derzeit

²³ Der Länderfinanzausgleich ist auch in seiner aktuellen Form eher anreizfeindlich, weil den ostdeutschen Ländern von zusätzlichen Einkommensteuereinnahmen lediglich 7,7% verbleiben. Umgekehrt führt dies dazu, dass für die Ausgleichsleistungen primär das gesamtdeutsche Wachstum, nicht aber das Wachstum im jeweiligen Bundesland maßgeblich ist.

etwa 11,6 Mrd. Euro (nur Flächenländer, Korb 1 und Korb 2 zusammengenommen) auf null abgeschmolzen. Dies wird dazu führen, dass die gesamten Pro-Kopf-Einnahmen, die den ostdeutschen Ländern und Gemeinden zur Verfügung stehen, von heute 120% des Niveaus der westdeutschen finanzschwachen Flächenländer auf Werte leicht unterhalb dieses Vergleichswertes zurückfallen werden. Da die Ausgaben aufgrund von Kostenremanenzeffekten nicht notwendigerweise parallel zum Bevölkerungsrückgang schrumpfen werden, bedeutet dies eine starke Verengung der finanzpolitischen Spielräume der ostdeutschen Länder und Gemeinden.

Die Untersuchung hat aber auch gezeigt, dass die entscheidende Größe die künftige Produktivitätsentwicklung ist. Dabei kommt einer Expansion

der überregional orientierten Sektoren eine besondere Bedeutung zu, da diese von der Binnennachfrage in Ostdeutschland weitgehend unabhängig sind. Gelingt es durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen – so durch einen wachstumsge rechten Einsatz der Mittel aus dem Solidarpakt II oder durch Verwendung effizienterer Mittel der Wirtschaftsförderung²⁴ – die ostdeutschen Unternehmen in die Lage zu versetzen, ihre Produktivität stärker zu erhöhen, so ist auch die finanzpolitische Entwicklung günstiger einzuschätzen. Inso weit liegt es auch in der Hand der ostdeutschen Länder und Gemeinden, wie sich ihre finanziellen Spielräume künftig entwickeln werden.

Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de

IWH-Industrienumfrage Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2005: Ostdeutsches Verarbeitendes Gewerbe profitierte 2004 von kräftiger Expansion der Auslandsmärkte

Die zaghafte konjunkturelle Belebung der ostdeutschen Wirtschaft im Jahr 2004 mit einer Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,5% (bzw. 1,2% mit Berlin) wurde im Wesentlichen von dem sich außerordentlich dynamisch entwickelnden Verarbeitenden Gewerbe getragen, welches geschätzt rund 18% der Wirtschaftsleistung der Neuen Länder (ohne Berlin) erbringt und seine reale Bruttowertschöpfung im vergangenen Jahr gegenüber 2003 um 9,6% steigern konnte; Zuwachsraten dieser Größenordnung waren zuletzt im Jahr 2000 erreicht worden.²⁵ Die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes legten 2004 – vorläufigen Angaben zufolge – um 8,1% zu, wobei die Umsatzentwicklung im Ausland mit einem Plus von 9,4% gegenüber 2003 noch etwas dynamischer als

im Inland verlief (+7,6%).²⁶ Der Arbeitsmarkt profitierte davon allerdings kaum: im Jahr 2004 waren in der ostdeutschen Industrie lediglich knapp 7000 Personen mehr als im Vorjahr beschäftigt (das entspricht einem Zuwachs von 1,1%).

Auch die regelmäßig vom IWH befragten Unternehmen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes blicken auf ein positives Geschäftsjahr zurück, Tendenz und Höhe der für 2004 gemeldeten Umsatzveränderungen ergeben insgesamt ein „Umsatzplus“ der ostdeutschen Industrie gegenüber dem Vorjahr. Dahinter verbergen sich Umsatzsteigerungen bei drei von fünf der Firmen (die Hälfte dieser Gruppe verweist auf Zuwächse von mehr als 10%) sowie rückläufige Umsätze von knapp 29% der Befragten; 12% der Unternehmen melden für 2004 stagnierende Umsätze (vgl. Tabelle 1).

Bei Betrachtung der fachlichen Hauptgruppen zeigt sich ein differenziertes Bild. So musste die Gesamtheit der Investitionsgüterproduzenten merk-

²⁴ Vgl. hierzu beispielhaft die wirtschaftspolitischen Vorschläge in DIW, Berlin; IAB; IfW; IWH; ZEW: Fortschritte beim Aufbau Ost. Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 2/2002, Halle.

²⁵ ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (Stand: April 2004).

²⁶ STATISTISCHES BUNDESAMT: Monatsbericht Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe (Angaben vorläufig, einschließlich Berlin-Ost). Wiesbaden 2005.

Tabelle 1:

Umsatzentwicklung 2004 und Umsatzerwartungen 2005 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- in % der Unternehmen -

	Zunahme				Gleich- stand	Abnahme				Saldo aus Zu- und Abnahme
	über 10 %	5 bis 10 %	bis 5 %	Ins- gesamt		Ins- gesamt	bis 5 %	5 bis 10 %	über 10 %	
<i>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i> Vorleistungsgütergewerbe Investitionsgütergewerbe Ge- und Verbrauchsgütergewerbe darunter: Nahrungsgütergewerbe	<i>Umsatzentwicklung 2004 gegenüber 2003</i>									
	28	17	14	59	12	29	7	7	15	30
	23	17	15	55	10	35	8	12	15	20
	37	13	12	62	16	22	7	2	13	40
	25	21	14	60	10	30	6	6	18	30
	18	27	21	66	7	27	12	6	9	39
<i>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i> Vorleistungsgütergewerbe Investitionsgütergewerbe Ge- und Verbrauchsgütergewerbe darunter: Nahrungsgütergewerbe	<i>Umsatzerwartungen 2005 gegenüber 2004</i>									
	19	14	20	53	18	29	12	7	10	24
	19	8	29	56	14	30	10	8	12	26
	20	17	11	48	21	31	20	5	6	17
	18	17	18	53	21	26	5	9	12	27
	6	19	25	50	21	21	6	6	9	29

Fälle: 2004 zu 2003: n = 261; 2005 zu 2004: n = 259. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2005.

liche Einbußen bei der Umsatzhöhe hinnehmen, obwohl 62% der Investitionsgüterhersteller von positiven Veränderungen gegenüber 2003 berichten und etwa zwei von fünf Unternehmen gar Zuwachsraten im zweistelligen Bereich realisierten. Im Vorleistungs- und Konsumgütergewerbe hingegen ließen sich im vergangenen Jahr die Verkäufe per saldo steigern, wobei rund ein Viertel der jeweiligen fachlichen Hauptgruppe die Umsätze um 10% oder mehr erhöhen konnte. Des Weiteren differiert die Umsatzentwicklung 2003 in Abhängigkeit von der Betriebsgröße: dem leicht rückläufigen Umsatz der Kleinbetriebe (bis zu 49 Beschäftigte) stehen Umsatzzuwächse bei den mittleren und großen Unternehmen gegenüber.

Die Geschäftsergebnisse der ostdeutschen Industriebetriebe weichen zum Teil deutlich von den im Januar 2004 geäußerten Erwartungen ab. Auf der einen Seite realisierten lediglich 69% der Unternehmen die von ihnen anvisierten Umsatzsteigerungen; auf der anderen Seite konnte jeder zweite Betrieb, der mit Einbußen gerechnet hatte, ein besseres Resultat erzielen. Es kam daher nicht zu ei-

ner Stagnation der Umsätze, wie im Januar 2004 per saldo erwartet, sondern zu einem merklichen Umsatzzuwachs von rund 5,4%.²⁷

Industriebetriebe halten Anschluss an kräftige Auslandskonjunktur

Auch die Absatzregion beeinflusst den Unternehmenserfolg. Betriebe, die in den Jahren 2003 und 2004 sowohl den inländischen als auch den ausländischen Markt bedienten – dies gilt für etwa die Hälfte der Befragungsteilnehmer –, konnten 2004 überdurchschnittlich häufig ihren Gesamtumsatz steigern (vgl. Tabelle 2). Ein Drittel dieser Unternehmen verweist auf Umsatzsteigerungen von mehr als 10%; das ist erkennbar mehr als in der gesamten Industrie (28%). Dass der positive Impuls tatsächlich aus dem Exportgeschäft stammt, belegen die Firmenangaben zur Entwicklung des Auslandsumsatzes 2004: drei von fünf exportierenden Unternehmen erzielten eine Verbesserung

²⁷ Angaben der im Januar 2004 und Januar 2005 teilnehmenden Firmen zu den Umsätzen in 2003 und 2004.

des Auslandsgeschäfts, 45% der Exporteure realisierten Zuwächse des Auslandsumsatzes von mehr als 10%. Auch stehen die Wachstumschancen vor allem im Export recht gut: für 2005 äußern 61% der Exportunternehmen Steigerungsabsichten, der Anteil beläuft sich in der gesamten Industrie hingegen auf 53% (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2:

Umsatzentwicklung 2004 und Umsatzerwartungen 2005 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - in % der jeweiligen Unternehmensgruppe -

	Zunahme	Gleichstand	Abnahme
Umsatz 2004 zu 2003			
<i>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i>	59	12	29
darunter: Exportunternehmen	66	7	27
Umsatz 2005 zu 2004			
<i>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i>	53	18	29
darunter: Exportunternehmen	61	13	26

Fälle: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt: 2004: n = 261, 2005: n = 259, Exportunternehmen: 2004: n = 150, 2005: n = 142. Unternehmen mit Angaben zu 2003 und 2004 bzw. 2004 und 2005. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2005.

Die Geschäfte mit dem Ausland machten 2004 im Mittel knapp 28% des Gesamtumsatzes der ostdeutschen Industriebetriebe aus. Überdurchschnittliche Bedeutung hatte der Export für die mittleren und großen Unternehmen (rund 32% bzw. 34% des Gesamtumsatzes). Dabei spielten die neuen EU-Mitgliedstaaten aus Mitteleuropa und dem Baltikum (MOE) als Absatzmärkte für die ostdeutsche Industrie eine wichtige Rolle. Etwa 26% des Auslandsumsatzes des vergangenen Jahres wurde in dieser Region erwirtschaftet, das entsprach rund 9% des Gesamtumsatzes. Exportbeziehungen mit den neuen EU-Ländern unterhielten vor allem kleine und mittlere Unternehmen (bis 249 Beschäftigte): ihr Umsatz in MOE machte im Jahr 2004 jeweils 21% bzw. 31% ihres Auslandsumsatzes aus (gegenüber 12% bei den Großunternehmen). Investitions- und Vorleistungsgüterhersteller waren 2004, gemessen an ihren jeweiligen Auslandsumsätzen, vergleichsweise stärker in dieser Region vertreten als Konsumgüterproduzenten.

Im Jahr 2004 legten die Umsätze der ostdeutschen Industriebetriebe auf den erweiterten EU-

Märkten um durchschnittlich 10% zu. Vorreiter war das Vorleistungsgütergewerbe mit einem Umsatzplus von 12%, schliesslich die Konsumgüterproduzenten (+5%).

Für das laufende Jahr deutet sich eine Fortsetzung der Expansion an: So rechnen die Firmen im Mittel damit, in MOE rund 7% mehr als im Vorjahr abzusetzen.

Ertragslage 2004 weiter verbessert

Im Zuge der insgesamt positiven Umsatzentwicklung 2004 verbesserten die ostdeutschen Industriebetriebe ihre Ertragslage, wenn auch geringfügig. So stieg 2004 der Anteil der Gewinnunternehmen von 57% im Jahr 2003 auf knapp 59%. Zugleich reduzierte sich der Anteil der mit Verlust wirtschaftenden Firmen auf rund 16%, nach 19% im Vorjahr. Unverändert erreichte ein Viertel der ostdeutschen Industriebetriebe auch 2004 Kostendeckung.²⁸

Tabelle 3:

Veränderung der Ertragssituation 2004 gg. 2003 im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands - in % der Unternehmen gemäß der Ertragslage 2003 -

Ertragslage 2003	Ertragslage 2004		
	Gewinn	Kostendeckung	Verlust
Gewinn	88	7	5
Kostendeckung	18	64	18
Verlust	24	29	47
Insgesamt	59	25	16

Fälle: n = 292. Unternehmen mit Angaben zu 2003 und 2004. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2005.

Dabei ist die Fluktuation innerhalb der Gruppe der Gewinnunternehmen recht gering: lediglich 12% der 2003 erfolgreich wirtschaftenden Firmen musste im darauf folgenden Jahr Einbußen bei den Erträgen hinnehmen (vgl. Tabelle 3). Im Gegensatz dazu konnte mehr als die Hälfte der Verlustbetriebe aus dem Jahr 2003 ihre Ertragslage verbessern, knapp 24% schlossen gar mit Gewinn ab. Unternehmen, die 2003 gerade Kostendeckung erzielten, stehen zu rund zwei Dritteln auch 2004 noch an der Schwelle zu Gewinn oder Verlust.

²⁸ Angaben der vom IWH im Januar 2005 befragten Unternehmen für das vergangene Jahr und das Vorjahr (Längsschnitt).

Tabelle 4:
Beschäftigungspläne der ostdeutschen Industrieunternehmen für das Jahr 2005
- in % der Unternehmen -

	Voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung 2005 gegenüber 2004			
	Zunahme	Gleichstand	Abnahme	Saldo
<i>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i>	29	52	19	10
<i>Fachliche Hauptgruppen:</i>				
Vorleistungsgütergewerbe	25	53	22	3
Investitionsgütergewerbe	37	46	17	20
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe	26	56	18	8
darunter: Nahrungsgütergewerbe	18	65	17	1
<i>Größengruppen:</i>				
1-49 Beschäftigte	28	58	14	14
50-249 Beschäftigte	27	51	22	5
250 und mehr Beschäftigte	39	25	36	3

Fälle: Hauptgruppen: n = 287, Größengruppen: n = 288. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2005.

Während sich die Ertragssituation zwischen den fachlichen Hauptgruppen nur geringfügig voneinander unterscheidet – der Anteil der Gewinnunternehmen beträgt 2004 sowohl beim Vorleistungs- als auch beim Investitions- und Konsumgütergewerbe etwa drei Fünftel etc. –, ist mit Blick auf die Betriebsgröße festzustellen, dass vor allem Großunternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten 2004 überdurchschnittlich erfolgreich wirtschafteten: 92% dieser Firmen konnten mit Gewinn abschließen.

Umsatzerwartungen für 2005 verhalten

Dass sich die positive Entwicklung des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes auch 2005 mit dieser Dynamik fortsetzt, ist nicht zu erwarten, da die Umsatzerwartungen für das laufende Jahr verhaltener sind. Zwar rechnet mehr als jeder zweite der regelmäßig vom IWH befragten Unternehmer für 2005 mit Umsatzsteigerungen, doch erwarten gleichzeitig 29% der Firmen Einbußen (vgl. Tabelle 1).

Berücksichtigt man außerdem nicht nur die Veränderungstendenzen, sondern auch die dazugehörige Umsatzhöhe, so ergibt sich für den Wirtschaftsbereich insgesamt ein Umsatzanstieg um nur knapp 3% in diesem Jahr; dies dürfte aber eher den unteren Rand der Veränderungsrate darstellen.²⁹

Dieser Zuwachs beruht vorrangig auf den Umsatzplänen der Vorleistungsgüterhersteller. Der Um-

satz im Investitions- und Konsumgütergewerbe dürfte den Firmenangaben zufolge im laufenden Jahr hingegen nur moderat steigen bzw. stagnieren, und das, obgleich auch in diesen fachlichen Hauptgruppen die Unternehmen mit Steigerungsabsichten zahlenmäßig dominieren (48% bzw. 53%, vgl. Tabelle 1).

Beschäftigungsabbau kommt 2005 zum Stillstand

Die jüngsten Befragungsergebnisse deuten darauf hin, dass der Beschäftigungsabbau im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2005 zum Stillstand kommt. Insgesamt wollen 29% der Betriebe im laufenden Jahr ihren Personalbestand erhöhen, wobei beabsichtigte Beschäftigungsaufstockungen vor allem im Investitionsgütergewerbe überdurchschnittlich häufig geäußert werden (vgl. Tabelle 4). Rund ein Fünftel der Befragten sieht sich veranlasst, den Personalbestand zu reduzieren. Der Großteil der Unternehmen gibt an, weiterhin mit dem vorhandenen Personal operieren zu wollen. Insgesamt bewegen sich die am häufigsten genannten Beschäftigungsveränderungen in dem Intervall zwischen zehn Einstellungen und zehn Entlassungen, die Spannweite reicht allerdings von 160 neuen Stellen bis zum Abbau von 79 Arbeitsplätzen.

In Anbetracht der moderaten Umsatzerwartungen überrascht es nicht, dass auch die Beschäftigungspläne eher verhalten ausfallen. Eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt ist also auch 2005 noch nicht in Sicht.

Sophie.Woersdorfer@iwh-halle.de

²⁹ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunkturausblick 2005: Deutsche Binnenkonjunktur zieht allmählich nach, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2005, S. 16.

Ostdeutsches Baugewerbe im Februar 2005: Geschäftsklima „kippt“

Die *Geschäftslage* im ostdeutschen Baugewerbe hat sich laut IWH-Umfrage unter mehr als 300 Unternehmen im Februar gegenüber der vorangegangenen Umfrage im Dezember verschlechtert, dabei überwiegen mit reichlich zwei Drittel die negativen Urteile sehr deutlich (vgl. Tabelle). Unter Ausschaltung der jahreszeitlichen Schwankungen „kippt“ die Geschäftslage deshalb regelrecht ab (vgl. Abbildung). Zwar dürften die saisonbereinigten Angaben den zurzeit außergewöhnlich harten Winter wohl unterzeichnen und den Konjunkturverlauf zu ungünstig abbilden. So dürften im Vergleich zum durchschnittlichen Saisonverlauf im Dezember 2004 eher weniger und zum Jahresanfang mehr witterungsbedingte Ausfalltage anzusetzen sein. Gleichwohl war nach den Sonderein-

flüssen am Jahresende 2004 im Zusammenhang mit Vorzieheffekten im Eigenheimbau und Einzelprojekten im Wirtschafts- und Infrastrukturbau eine mäßigere Gangart am Bau zu erwarten. Wie die *Geschäftsaussichten* zeigen, wird diese Entwicklung auch bis zum Sommer dieses Jahres bestimmend bleiben: Der Saldo aus den positiven und negativen Wertungen zu den Geschäftserwartungen verharrt auf dem vergleichsweise niedrigen Niveau vom Jahresende 2004 und erreicht nur in etwa die Werte, die Mitte 2002 vor Einsetzen der flutbedingten bzw. durch die Änderung der Eigenheimförderung initiierten Sonderkonjunktur zu beobachten waren (vgl. Abbildung).

Sowohl im *Hoch-* als auch im *Ausbau* ist es nach den vorgezogenen Aktivitäten privater Haus-

Geschäftslage und -aussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de
Quelle: IWH-Baumumfragen.

halte im selbstgenutzten Wohnungsbau am Ende des vergangenen Jahres nun zu einem deutlichen Stimmungseinbruch gekommen. Die Geschäftslage wird unter Ausschluss der Saisoneinflüsse in beiden Bereichen so niedrig wie Mitte vergangenen Jahres eingeschätzt. Die Geschäftserwartungen im Hochbau geben gegenüber dem Jahreswechsel sogar nochmals leicht nach. Im Ausbau können sie sich zwar vom absoluten Tiefpunkt im Dezember 2004 lösen, bleiben aber immer noch unter den bereits sehr geringen Saldowert des Hochbaubereiches.

Die seit Beginn 2004 zu beobachtende Abwärtsbewegung der Geschäftslage im *Tiefbau*, die

vor allem den auslaufenden Bauaktivitäten im Zusammenhang mit der Flutschädenbeseitigung geschuldet ist, wurde am aktuellen Rand kurzzeitig unterbrochen. Hier haben zuletzt einige gewerbliche Großprojekte zu temporären Impulsen geführt. Die Aussichten beurteilen die Tiefbauunternehmen aber überwiegend negativ. Ihr Stimmungsbild fügt sich nach Ausschaltung der jahreszeitlich üblichen Schwankungen wieder in den allgemeinen Abwärtstrend ein.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Vergleich der Ursprungswerte zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode, Stand Februar 2005 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Feb. 04	Dez. 04	Feb. 05	Feb. 04	Dez. 04	Feb. 05	Feb. 04	Dez. 04	Feb. 05	Feb. 04	Dez. 04	Feb. 05	Feb. 04	Dez. 04	Feb. 05
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	11	16	6	27	35	26	43	37	48	20	12	20	-26	2	-36
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe darunter ^b	11	13	5	26	35	27	43	41	46	20	11	22	-26	-3	-35
Hochbau	9	10	2	24	36	25	44	40	45	23	15	27	-34	-10	-45
Tiefbau	13	20	9	26	32	31	43	42	44	18	7	16	-23	3	-19
Ausbaugewerbe	11	21	9	27	36	22	42	30	52	20	13	17	-25	13	-38
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	11	18	7	21	30	19	38	33	42	29	19	32	-36	-5	-48
20 bis 99 Beschäftigte	12	15	6	28	35	31	45	40	48	15	10	16	-20	0	-27
100 und mehr Beschäftigte	5	14	5	36	48	30	46	38	65	14	0	0	-18	24	-30
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	7	6	7	33	18	27	46	51	49	14	25	18	-21	-52	-33
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe darunter ^b	7	7	6	33	19	28	48	51	50	12	23	17	-21	-49	-34
Hochbau	8	7	7	29	17	26	49	53	48	14	24	19	-27	-53	-35
Tiefbau	6	8	5	35	18	28	48	52	52	11	22	15	-19	-48	-34
Ausbaugewerbe	7	5	9	33	16	25	41	50	47	19	29	19	-20	-58	-32
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	9	8	7	33	16	28	39	46	47	19	31	18	-17	-53	-30
20 bis 99 Beschäftigte	7	7	8	34	15	25	46	54	47	12	24	21	-17	-56	-35
100 und mehr Beschäftigte	0	0	0	27	33	30	64	52	65	9	14	5	-45	-33	-40

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigung:

3. Workshop „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“, am 31. März und 1. April 2005

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg veranstalten am 31. März und 1. April 2005 einen gemeinsamen Workshop „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“. Er soll insbesondere für junge Wissenschaftler (Doktoranden und Postdocs) ein Forum bieten, ihre aktuellen theoretischen und empirischen Forschungsarbeiten einem fachkundigen Publikum zur Diskussion zu stellen. Weitere Informationen zum Workshop erhalten Sie unter www.iwh-halle.de (Termine).

Workshop „Nationale Innovationssysteme und Ausländische Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa: Technologietransfer, regionale Entwicklung und Konvergenz“, 30. Juni bis 2. Juli 2005

Gemeinsamer Workshop mit der European Association for Comparative Economic Studies (EACES) in Halle und Freiberg (Sachsen). Der Workshop wird sich vorwiegend mit den besonderen Bedingungen für den Technologietransfer nach Mittel- und Osteuropa und der Entwicklung der Nationalen Innovationssysteme in diesen Ländern beschäftigen. Als besondere Perspektive für Studien sollen Geschwindigkeit und Pfade realer wirtschaftlicher Konvergenz dienen. Frist für die Einreichung von Vorschlägen: 1. April 2005. Für weitere Informationen siehe www.iwh-halle.de (Termine).

Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft: „Die Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft – Aktuelle Praxis, neue Konzepte und internationale Erfahrungen“, am 7. Juli 2005

Zentrales Anliegen der Veranstaltung ist, vor dem Hintergrund der politischen Diskussionen um die Liberalisierung (nicht nur) der deutschen Wasserwirtschaft mögliche institutionelle Arrangements und Regulierungsformen zu diskutieren, die eine effiziente Wasserver- und Abwasserentsorgung gewährleisten. Einen Schwerpunkt der Veranstaltung bildet die Frage nach der künftigen Rolle der Kommunen im Wasser- und Abwassersektor. Frist für die Einreichung von Vorschlägen: 30. April 2004. Weitere Informationen unter www.iwh-halle.de (Termine).

Sonstiges:

Professor Dr. habil. Ulrich Blum in Auswahlkomitee berufen

Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit hat für das Jahr 2005 den Sächsischen Innovationspreis ausgelobt, der herausragende Innovationsleistungen, gemessen durch den Grad der technologischen Neuerung und der Marktpotentiale prämiert. Prof. Dr. Ulrich Blum wurde in das Auswahlkomitee berufen. Die Preisverleihung findet am 12. Mai 2005 im Kongreßzentrum in Dresden statt.